



8/2018

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

der wunderschöne Mai hat begonnen, aber es gibt noch keinen gültigen Haushaltsplan für unser Land. Dies hängt mit der langwierigen Regierungsbildung zusammen. Nun liegt ein erster Entwurf auf dem Tisch und bis zur Sommerpause werden wir diesen im Parlament diskutieren, Änderungen anbringen und beschließen. Im Herbst beginnt dann sofort die Diskussion um das Budget für 2019. Aber wir leben ja in goldenen Zeiten. Es wird nicht darum gestritten, wo welche Kürzungen im Etat notwendig sind, sondern ausschließlich darum, wo noch mehr Geld ausgegeben werden könnte. Und naturgemäß sind die Wünsche grenzenlos.

Obwohl die finanzielle Situation unseres Landes wirklich gut ist, sind die strukturellen Probleme des Bundeshaushaltes nicht zu übersehen. Größter Ausgabeposten bleibt der Etat für Arbeit und Soziales. Ob es wirklich auf Dauer durchzuhalten ist, dass für Arbeit und Soziales mehr Geld zur Verfügung steht als für die übrigen Ressorts zusammen, darf bezweifelt werden. Eine Sozialquote des gesamten Haushaltes von über 60 Prozent kann kein Zukunftskonzept sein. Auch die Begründung des Finanzministers, eine Erhöhung der staatlichen Investitionen in Infrastruktur scheitert an fehlenden Planungs- und Baukapazitäten, ist eher ein Armutszeugnis. Letztendlich geht dies alles zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Und auch auf europäischer Ebene ist man über die aktuelle Budgetdiskussion etwas verwundert. Da scheidet ein Land aus der EU aus und natürlich fehlt dessen finanzieller Beitrag in der Kasse. Aber es müssen doch auf der anderen Seite auch die Ausgaben sinken. Doch in Brüssel wird nur von weiter steigenden Ausgaben gesprochen. Eine echte Diskussion über Ausgabenbegrenzungen findet nicht statt. Letztlich werden die Mitgliedsstaaten zu höheren Einzahlungen verpflichtet werden. Es scheint ein Problem unserer Wohlstandsgesellschaft zu sein, dass eigentlich niemand Probleme wirklich benennen möchte. Wir alle fühlen uns wohl, weil alles so gut läuft. Ob dies ein gutes Konzept ist, wird sich zeigen.

Ich wünsche Ihnen einen wunderbaren Mai und verbleibe mit vielen Grüßen

Ihr

Andreas Lämmels

DIE WOCHEN IM PARLAMENT

Einsetzung eines Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen. Aufgrund der Bedeutung des Bauens und Wohnens für die Bürgerinnen und Bürger beschloss der Deutsche Bundestag die Schaffung eines eigenen Bauausschusses. Damit können Fragen der Stadtentwicklung und der Kommunen im geeigneten Rahmen behandelt werden.

70 Jahre Gründung des Staates Israel – In historischer Verantwortung unsere zukunftsgerichtete Freundschaft festigen. Anlässlich des 70. Jahrestags der Staatsgründung bekannte sich die Unionsfraktion in historischer Verantwortung zum unumstößlichen Existenzrecht Israels und zur Bekämpfung jeglicher Form von Antisemitismus. Außerdem forderte sie die Bundesregierung auf, die bereits sehr intensiven Beziehungen in konkreten Feldern des gesellschaftlichen Lebens fortzuentwickeln. Hierzu gehört insbesondere das Eintreten für israelische Sicherheitsinteressen, der Ausbau zivilgesellschaftlicher Dialogprogramme sowie das Festhalten an der gemeinsamen Erinnerungskultur.

Berufsbildungsbericht 2018. Der Berufsbildungsbericht befasst sich mit der Entwicklung des deutschen Ausbildungsmarkts und dokumentiert die Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der Berufsbildung. Die diesjährigen Zahlen zeigten, dass sich der Ausbildungsmarkt weiterhin robust entwickelt: Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit über 520.000 leicht gestiegen. Aufgrund der Steigerung der betrieblichen Ausbildungsplatzangebote stehen statistisch betrachtet mittlerweile 100 ausbildungssuchenden Menschen fast 105 Ausbildungsangebote gegenüber.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA). Namentlich abgestimmt wurde über die Verlängerung des Mandats bis zum 31. Mai 2019. Die Mandatsobergrenze liegt bei maximal 1.000 einzusetzenden Soldaten. Der deutsche Einsatz konzentriert sich vornehmlich auf Führung und



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Führungsunterstützung, Sicherung sowie Aufklärung, Lufttransport und -betankung. Mit dem deutschen Beitrag sollen die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Schaffung eines sicheren Umfeldes zur Förderung des Friedensprozesses unterstützt werden. Dabei hat innerhalb Malis die Stabilisierung des Nordens Priorität.

Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung. Bundestag und Bundesrat haben durch eine Grundgesetzänderung im Jahr 2017 die Möglichkeit in Art. 21 Abs. 3 GG geschaffen, gegen Parteien, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, Sanktionsmöglichkeiten unterhalb eines Parteienverbots beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen. Das Parlament hat ebenso wie Bundesrat und Bundesregierung beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen, die NPD für die Dauer von 6 Jahren von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen.

Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Der im Jahr 2016 veröffentlichte Bericht zur Lage der Religionsfreiheit beschreibt, wie das Menschenrecht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit weltweit durch staatliche und nichtstaatliche Akteure eingeschränkt wird. Besonders betroffen sind religiöse Minderheiten. Der Bundestag stimmte für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Fortschreibung des Berichts in zweijährigem Rhythmus. Außerdem forderte die Unionsfraktion die Bundesregierung auf, sich auch weiterhin für die Umsetzung und Einhaltung des Menschenrechts auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit einzusetzen.

RENTENERHÖHUNG

Auch in diesem Jahr können sich die rund 21 Millionen Rentner in Deutschland über eine kräftige **Rentenerhöhung** freuen. Das Kabinett hat in der vergangenen Woche den entsprechenden Vorschlag des Bundessozialministeriums beschlossen. Demnach steigen die Renten im Westen zum 1. Juli 2018 um 3,22 Prozent, **im Osten um 3,37 Prozent**. Für eine Standardrente von 1.336 Euro im Osten bedeutet das 45,05 Euro mehr im Monat. Der **aktuelle Rentenwert Ost steigt auf 95,8 Prozent** des aktuellen Rentenwerts West.



Möglich wird die Erhöhung der Altersbezüge durch die **gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und steigende Löhne**. In seiner Frühjahrsprognose geht Wirtschaftsminister Peter Altmaier davon aus, dass die Wirtschaft weiter zulegt. Es werde in diesem Jahr 575.000 neue Beschäftigungsverhältnisse geben. Bis 2019 wird die Beschäftigung um knapp eine Million Personen zunehmen und die Arbeitslosigkeit sinkt auf ein neues Allzeittief. Die gute Verfassung der Wirtschaft hat natürlich Auswirkungen auf die Löhne, die in diesem Jahr nochmal deutlich steigen werden. Im vergangenen Jahr sind die Löhne im Westen um 2,93 Prozent im Vergleich zu 2016 gestiegen. Im Osten waren es 3,06 Prozent. Und wenn die Löhne steigen, steigen auch die Renten.

Neu in der diesjährigen Anpassung ist, dass für die ostdeutschen Bundesländer die Regelungen des sogenannten **Rentenüberleitungsabschlussgesetzes** greifen, wonach der aktuelle Rentenwert Ost mindestens so anzupassen ist, dass er 95,8 Prozent des Westens erreicht. Kommt es unter Berücksichtigung der Lohnentwicklung in den neuen Ländern in der Anpassungsformel jedoch zu einem günstigeren Ergebnis, wird dieses angewendet. Das ist in diesem Jahr der Fall. Der mit der Lohnentwicklung berechnete aktuelle Rentenwert (Ost) fällt geringfügig höher aus.

Mit dem Rentenüberleitungsabschlussgesetz wurde geregelt, dass der aktuelle **Rentenwert (Ost) spätestens am 1. Juli 2024 100 Prozent** erreichen wird, so dass ab dann in ganz Deutschland ein einheitlicher aktueller Rentenwert gelten wird. Sofern die Lohnentwicklung in den neuen Ländern positiver ausfällt, könnte dies aber schon früher der Fall sein.

Neben der Lohnentwicklung spielt auch das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern eine Rolle, der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor. In diesem Jahr wirkt er sich positiv auf die Rentenanpassung aus.

Diese Entwicklungen zeigen: **Die Politik der CDU zahlt sich aus, der Aufschwung kommt bei den Menschen an.** Für die CDU ist klar: Wir setzen auf die Soziale Marktwirtschaft, denn sie ist die Basis für den Wohlstand vieler Menschen. Die positiven Nachrichten sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei der Alterssicherung

große Herausforderungen vor uns liegen. Mit der in dieser Woche eingesetzten **Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“** stellen wir daher auch über 2025 hinaus die Weichen für eine sichere Rente. Dabei soll das **Rentenniveau nicht unter 48 Prozent sinken, der Beitragssatz wird 20 Prozent nicht übersteigen**. Darauf hat sich die Regierungskoalition geeinigt. Das bis 2020 vorliegende Gesamtkonzept zur langfristigen und generationengerechten Alterssicherung muss diese Prinzipien berücksichtigen. Denn nur so schaffen wir den Ausgleich zwischen Rentnern und Beitragszahlern.

Die Renten steigen weiter

im Westen
um **3,22%**

im Osten
um **3,37%**

Weitere Angleichung:

In den neuen Ländern werden ab 1. Juli **fast 96%** des Rentenniveaus der alten Bundesländer erreicht.

Quelle: Bundesregierung

BEGEGNUNGEN



Beim ersten **Runden Tisch „Afrikas Wirtschaft im Fokus“** in diesem Jahr ging es um die **Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven für Afrikas junge Bevölkerung**. Krankheitsbedingt musste ich mich durch meinen Kollegen **Volkmar Klein** vertreten lassen. Die Bevölkerung der afrikanischen Staaten benötigt Zukunftsperspektiven. Es ist im gegenseitigen Interesse aller eine Lösung zu finden, wie wir mit dem Nachbarkontinent auf ein neues Niveau kommen, weg von reiner Entwicklungshilfe, hin zu mehr **wirtschaftlichen Kooperationen**, die beiden Seiten etwas bringt.



Auf Einladung der Internationalen Abteilung der KP China reiste ich gemeinsam mit anderen Kollegen im März nach **China**, um den Parteidialog fortzuführen. Auf dem Programm standen Gespräche in **Peking und Shanghai**. Außerdem besuchten wir die Werke der Continental AG und des Automobilherstellers JAC in Hefei, Hauptstadt der chinesischen Provinz Anhui. Das Beispiel China zeigt: Es gibt auch andere politische Staatsmodelle, die

wirtschaftlich erfolgreich agieren können. Besonders deutlich wurde dies beim Besuch des Instituts für fortgeschrittene Technologien der Universität Hefei. Neben der universitären Ausbildung von Studenten, geht es gezielt um die Erforschung und Schaffung von neuen Produkten.



In der vergangenen Woche war eine **Gruppe politisch interessierter Dresdnerinnen und Dresdner zu Gast im Deutschen Bundestag**. Da ich leider krank in Dresden das Bett hüten musste, vertrat mich mein Kollege **Frank Heinrich**, Abgeordneter aus Chemnitz, im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Frank Heinrich berichtete zunächst von seiner politischen Arbeit als Bundestagsabgeordneter und den Ablauf einer parlamentarischen Woche, gab aber auch Einblicke in sein Leben vor der Politik. In der Diskussion standen **soziale Themen** im Vordergrund.. Auch die Debatte um die mögliche Abschaffung von Hartz IV spielte dabei natürlich eine Rolle.



Ich wünsche Ihnen ein sonniges Himmelfahrtswochenende und den Vätern und Müttern einen schönen Vater- und Muttertag.

Bild: Christian Wang

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb